

info

Liebe Leserinnen und Leser,

als [Sachverständigenrat für Verbraucherfragen](#) beraten wir das [Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz](#) und verstehen uns als wirksamen und sichtbaren Impulsgeber zur Gestaltung einer wissenschaftlich fundierten Verbraucherpolitik.

In unseren Newslettern erhalten Sie vierteljährlich eine Übersicht zu aktuellen Themen, Literaturempfehlungen oder auch zu Veranstaltungen. Sollten Sie Anregungen haben oder Ihnen wichtige Informationen fehlen, nehmen wir Ihr Feedback gern entgegen.

In diesem Sinne wünschen wir eine anregende Lektüre.

Ihr SVRV



WIR ÜBER UNS

Neue Wirtschaftsweise: Veronika Grimm

Am 1. April 2020 hat die Bundesregierung dem Bundespräsidenten Sachverständigenratsmitglied [Prof. Dr. Veronika Grimm](#) zur Berufung in den [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) vorgeschlagen.

Der SVRV gratuliert Veronika Grimm herzlich!

Klimaschutz zur Post-Corona-Wiederbelebung

[Prof. Dr. Veronika Grimm](#) als Ratsmitglied des SVRV und frisch gekürte „Wirtschaftsweise“, spricht sich am 15. April 2020 in dem von SOLARIFY veröffentlichten Artikel u.a. für eine Verbindung von Gesundheitsschutz mit gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten aus. Eine viel diskutierte Möglichkeit sei zum Beispiel die Nutzung von künstlicher Intelligenz bei der Pandemiebekämpfung. Die Nutzung von Tracking-Apps zur Identifikation von möglichen Kontakten seien hier genauso ein Baustein wie eine verstärkte Digitalisierung und Vernetzung im Gesundheitswesen.

Daneben sieht sie im Klimaschutz die Chance, die Wirtschaft nach Corona wiederzubeleben. Dabei würden die energiepolitischen Rahmenbedingungen eine große Rolle spielen, damit klimafreundliche Technologien und Produkte rentabler würden als die fossilen Energieträger. Ein wichtiger Impuls könne eine Energiepreisreform sein, die neue Geschäftsmodelle ermöglichen könne. Mit Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung könne beispielsweise die EEG-Umlage abgeschafft und die Stromsteuer gesenkt werden. So würden klimaneutrale Technologien und gleichzeitig die Sektorenkopplung attraktiver.

[SOLARIFY](#) ist ein unabhängiges Informationsportal für Nachhaltigkeitsfragen, Erneuerbare Energien, Klimawandel und Energiewende der [Agentur Zukunft](#).

► Mehr unter: <https://www.solarify.eu/2020/04/15/192-klimaschutz-zur-post-corona-wiederbelebung/>

Safer Internet Day am 11. Februar 2020: Konferenz zu Digitalisierung im Dienste der Nachhaltigkeit

Anlässlich des Safer Internet Day 2020 veranstalteten das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und der Digitalverband [Bitkom e.V.](#) am 11. Februar 2020 die Konferenz zum Thema „Digitalisierung im Dienste der Nachhaltigkeit: Innovationen für Klimaschutz, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Sicherheit“.

Wichtig war allen Beteiligten, die Potenziale zu identifizieren, die die Digitalisierung zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele liefert, und diese in effektive Handlungsstrategien zu überführen. Auch Ratsmitglied [Prof. Dr. Christa Liedtke](#) brachte wichtige Impulse zu Innovationen und nachhaltiger Produktentwicklung ein.

Gerade in der digitalen Welt müssen Verbraucherschutz und Sicherheit als Bestandteil von Nachhaltigkeit verstanden werden. Nur sichere Geräte und Systeme, die zuverlässig arbeiten und gegen Angriffe von außen geschützt sind, können auch nachhaltig betrieben werden. Richtig eingesetzt, können digitale Technologien ganz wesentlich dazu beitragen, wirtschaftliche und ökologische Aspekte zusammenzuführen und ein ressourcenschonendes Wachstum ermöglichen.

► Mehr unter: https://www.bmjb.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/021120_SID.html



SVRV (GE-)FRAGT

Die Verbraucherpolitik in der Corona-Krise

VON RATSMITGLIED UND VORSITZENDEM PROF. DR. PETER KENNING

Die Verbraucherpolitik hat in der Krise bisher besonnen agiert. Da, wo es erkennbaren Handlungsbedarf gab, hat sie die notwendigen Maßnahmen mit der notwendigen Professionalität in die Wege geleitet und damit wohl Schlimmeres verhindert. In den nächsten Wochen und Monaten wird es darum gehen, diese Besonnenheit und Professionalität beizubehalten und an einer Strategie der differenzierten Normalisierung mitzuwirken, die nicht nur die gesundheitlichen, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher berücksichtigt.

Gegenstand der wissenschaftlichen Politikberatung ist die Kritik. Durch den Hinweis auf Fehlentwicklungen und Defizite soll sie dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Betrachtet man aus dieser kritischen Perspektive das Krisenmanagement der Bundesregierung seit Beginn der Corona-Pandemie, so hat sie bisher Vieles richtiggemacht hat. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Verbraucherpolitik, ist es ihr doch gelungen, innerhalb weniger Tage und relativ geräuschlos einige für die Verbraucherinnen und Verbraucher wesentliche Absicherungen und Maßnahmen durch den ansonsten doch sehr langwierigen und komplizierten Gesetzgebungsprozess zu bringen (vgl. hierzu [Bundesgesetzblatt 2020 Teil 1 Nr. 14 vom 27. März 2020](#)).

Doch zu Recht wird immer wieder betont, dass wir erst am Anfang der Herausforderungen stehen, die diese Pandemie mit sich bringen wird. So wird es in den nächsten Wochen und Monaten darauf ankommen, eine **Strategie der differenzierten Normalisierung** zu entwickeln und zu realisieren, die nicht nur die gesundheitlichen, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Blick behält und dabei den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellt. In diesem Prozess sind gleich mehrere **Konfliktfelder** zu beachten. Nur vordergründig geht es dabei um den Konflikt „Gesundheit gegen Wirtschaft“. Dieser entpuppt sich bei näherem Hinsehen nur als scheinbar, denn beide Bereiche sind unmittelbar miteinander verknüpft. Gibt es keine Betriebe, die Mitarbeiterinnen und Material bezahlen können, um Beatmungsgeräte und Schutzmasken produzieren zu können, stehen diese auch nicht zur Verfügung. Hier geht es also vielmehr darum, die entsprechenden ökonomischen Prioritäten neu zu justieren und vielleicht im Hinblick auf eine erhöhte **Resilienz des Gesundheitssystems** zugunsten der Versorgungssicherheit auf ökonomische Renditen zu verzichten.

Ein verbraucherpolitisch relevanter Konflikt entwickelt sich derzeit allerdings zwischen der individuellen Freiheit der einzelnen Verbraucherinnen und Verbraucher sowie dem gesellschaftlichen Interesse am Schutz der Gesundheit. Dieser Konflikt entlud sich unter anderem in der Diskussion um die sogenannte „**Anti-Corona-App**“. Die damit verbundene Idee war, den Gesundheitsbehörden bei einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ zu erlauben, Kontaktpersonen von Erkrankten anhand von Handy-Standortdaten zu ermitteln. Im Zuge der Debatte um den Einsatz der [Anti-Corona-App](#) zur Nachverfolgung ([Tracing und Tracking](#)) von Infektionsketten sollten, mit Blick auf die individuelle Freiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, allerdings hohe Anforderungen gestellt werden. So betont beispielsweise der vzbv-Vorstand Klaus Müller, dass die Nutzung einer entsprechenden App [freiwillig, geeignet bzw. effektiv, nötig, verhältnismäßig und zeitlich befristet](#) erfolgen sollte. Andernfalls könne die Corona-Pandemie als Einfallstor dienen, um Unternehmen und staatlichen Institutionen Zugriffe auf personenbezogene Daten der Verbraucherinnen und Verbraucher zu geben, was grundrechtlich mit Blick auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung höchst problematisch wäre. Dieser grundrechtliche Schutz darf keinesfalls leichtfertig aufgegeben werden und auch die Verbraucherpolitik sollte dafür Sorge tragen. Vor diesem Hintergrund stellt das

Robert Koch-Institut seit dem 7. April die sog. „[Corona-Datenspende-App](#)“ zur freiwilligen Aufzeichnung von Vitaldaten über Smartwatches oder Fitnessarmbändern zur Verfügung, welche die Erkennung von Infektionsfällen unterstützen soll. An der Fertigstellung einer den datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechenden Tracking-App wird derzeit mit Hochdruck gearbeitet.

Ein weiteres Konfliktfeld liegt im Spannungsverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Interesse am Schutz der Gesundheit und dem wirtschaftlichen Verbraucherschutz. Denn hier stellt sich derzeit u.a. die Frage, inwiefern Verbraucherinnen und Verbraucher vor etwaigen **Privatinsolvenzen** bzw. den damit verbundenen Folgen geschützt werden können. Viele Haushalte haben durch den Lockdown bereits heute empfindliche Einkommenseinbußen erlitten. Es ist klar, dass ihre Zahl noch steigen wird, denn die Krise wird weltweit Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung haben. Deutschland, obwohl ökonomisch in guter Verfassung, wird davon nicht verschont bleiben. Die derzeitigen Schätzungen sind zwar noch sehr heterogen, sie reichen von einem Rückgang der nationalen Wirtschaftsleistung von 0,1% bis zu einem Minus von 20% (vgl. hierzu Artikel des IFO-Instituts „[Coronavirus wird Deutschland Hunderte Milliarden Euro kosten](#)“, veröffentlicht am 23.03.2020 auf Welt.de). Viele Volkswirte halten eine Situation analog zur Finanzmarktkrise für realistisch (vgl. hierzu Pressemitteilung „[Corona-Pandemie führt zu Rezession in Deutschland](#)“ des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, veröffentlicht am 30.03.2020). Damals wurde ein Minus von 5,7% realisiert (vgl. hierzu Statista: „[Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts \(BIP\) in Deutschland bis zum Jahr 2018 und Prognose der Bundesbank bis 2022](#)“, veröffentlicht am 13.12.2019).

Tritt dieses Szenario ein, werden viele Verbraucherinnen und Verbraucher in absehbarer Zeit krisenbedingt in die Verschuldung geraten. Die Zahl der privaten Insolvenzen ist zwar derzeit mit etwa 86.000 Fällen noch auf einem relativ niedrigen Niveau und oft spielen individuelle Faktoren einige wichtige Rolle; in den Jahren nach der Finanzmarktkrise stieg sie allerdings von 120.000 (2008) auf 139.000 (2010) sprunghaft an (vgl. hierzu Statista: „[Anzahl der Privatinsolvenzen in Deutschland von 2000 bis 2019](#)“, veröffentlicht am 01.04.2020). Um ähnliche Auswirkungen durch die Corona-Pandemie zu vermeiden, wäre es gut, wenn die Verbraucher-, die Finanz-, und die Sozialpolitik gemeinsam Maßnahmen ergriffen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur gesundheitlich, sondern auch ökonomisch vor besonders harten Folgen der Krise zu schützen. Es war daher sinnvoll, dass die Bundesregierung u.a. den Kündigungsschutz für säumige Mieter beschlossen hat. Mietzahlungen sind für viele Haushalte besonders bedeutsam und wer seine Miete nicht mehr zahlen kann, dürfte erhebliche Schwierigkeiten haben, nach der Krise wieder Fuß zu fassen. Es dürfte aber vielen Verbraucherinnen und Verbrauchern schwerfallen, die einmal aufgelaufenen Mietschulden in einer in den nächsten Monaten oder gar Jahren vermutlich deutlich verschlechterten Lage zu bezahlen. Die finanzielle Krise der Verbraucherinnen und Verbraucher wurde mit den aktuellen Maßnahmen also nur verschoben. Möchte man hier Abhilfe schaffen, wären staatliche Hilfen oder aber ein Schuldenerlass notwendig. In jedem Fall sollte mit Blick auf die wohl zunehmende Anzahl von Privatinsolvenzen erwogen werden, die Schuldnerberatung rechtzeitig auszubauen.

Die Politik hat in den vergangenen wichtigen Tagen besonnen und professionell gehandelt. Sie hat dadurch erheblich an Vertrauen gewonnen. Findet Sie nun noch in ähnlich besonnener und professioneller Art und Weise einen Weg aus der Krise und behält sie dabei auch die wirtschaftlichen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Auge, wäre auch im Hinblick auf die politische Zukunft Deutschlands viel gewonnen.

Coronavirus und Verbraucherschutz

WIR HABEN IHNEN EINE KLEINE, BEI WEITEM NICHT ABSCHLIESSENDE LISTE **NÜTZLICHER LINKS** ZU VERBRAUCHERFRAGEN IM KONTEXT DER COVID-19-PADEMIE ZUSAMMENGESTELLT.

[Tagesaktuelle Informationen](#) finden Sie auf den Seiten des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG).

[Antworten auf häufig gestellte Fragen zum Coronavirus SARS-CoV-2](#) gibt das Robert-Koch-Institut.

Die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. gibt [hilfreiche Hinweise zur Orientierung im Verbraucheralltag](#). [Informationen zu Ihren Verbraucherrechten](#) finden Sie auf den Seiten der Verbraucherzentrale des jeweiligen Bundeslandes.

Das Auswärtige Amt hat [Informationen für Reisende](#) zusammengestellt und gibt [Reise- und Sicherheitshinweise](#). Angesichts der durch das Auswärtige Amt ausgesprochenen Reisewarnung erklären die Verbraucherzentralen Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen die [Rechte von Urlaubern, die ihre Reise nicht antreten oder sie abbrechen wollen](#). Weiter erläutert das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland (EVZ) [welche Rechte Verbraucherinnen und Verbraucher auf Reisen](#) haben.

Antworten auf Fragen in Bezug auf [abgesagte Veranstaltungen](#) stellt das EVZ zur Verfügung.

Eine Zusammenstellung zu den [wirtschaftlichen Auswirkungen](#) der COVID-19-Pandemie in Deutschland finden Sie auf den Seiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Informationen zum sog. „[Corona-Schutzschild](#)“ für Deutschland, das größte Hilfspaket von Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag in der Geschichte Deutschlands, stellt das Bundesministerium der Finanzen (BMF) bereit.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) klärt über die [Einschränkungen im Arbeitsmarkt sowie über die arbeitsrechtlichen Folgen](#) für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf.

Der interdisziplinäre Forschungsverbund [Forum Privatheit und selbstbestimmtes Leben in der digitalen Welt](#) wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und bietet u.a. Orientierungswissen zu den [technischen Möglichkeiten der Pandemieüberwachung](#) und begleitet die Diskussion um „[Corona-Tracing](#)“ mit regelmäßigen Beiträgen.

Informationen zu den Themen [Ernährung und Landwirtschaft in der Corona-Krise](#) stellt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bereit.

Detaillierte übergreifende Informationen stellt die [Bundesregierung](#) auf Ihren Webseiten für Sie bereit.

Der SVRV unterstützt die Kampagne des Bundesministeriums für Gesundheit [#WirBleibenZuhause](#) und wünscht seinen Leserinnen und Lesern weiterhin viel Gesundheit!



SCHON GEWUSST...?

Akzeptanz der einschränkenden Corona-Maßnahmen bleibt trotz Lockerungen hoch

PUBLIKATION - DIW AKTUELL NR. 35: GERT G. WAGNER, SIMON KÜHNE, NICO A. SIEGEL. 23. APRIL 2020

Die wirtschaftlichen und sozialen Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen hat die große Mehrheit der Deutschen mit Disziplin mitgetragen. Doch nun wecken selektive Lockerungsmaßnahmen, also die Wiedereröffnung von vielen Geschäften und öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, die Hoffnung auf die Rückkehr in die Normalität.

Eine seit mehr als einem Monat laufende tägliche Befragung von infratest dimap lässt erste geringe Ermüdungserscheinungen in der Bevölkerung erkennen und zeigt auch, dass rund 40 Prozent der Menschen im Land sich durch die bisherigen Maßnahmen stark eingeschränkt sehen.

Die Erhebung zeigt zudem, wie die Befragten weiteren Maßnahmen wie Tracing-App und Schutzmaskenpflicht gegenüberstehen. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion stehen daher zwei zentrale Maßnahmen, die auf das individuelle Verhalten abzielen: Erstens die Frage, inwieweit mithilfe technischer Möglichkeiten, konkret einer Tracing-App, Neuinfektionen zielgerichtet nachverfolgt werden können, um so die Infektionsketten zu verkürzen. Und zweitens die Frage nach dem Tragen von Mund- und Nasenmasken im öffentlichen Raum.

► Mehr unter: https://www.diw.de/de/diw_01.c.761953.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0035/akzeptanz_der_einschraenkenden_corona-massnahmen_bleibt_trotz_lockerungen_hoch.html

Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise

AD-HOC-EMPFEHLUNG DES DEUTSCHEN ETHIKRATES VOM 27. MÄRZ 2020

Der Deutsche Ethikrat befürwortet die aktuell zur Eindämmung der Infektionen ergriffenen Maßnahmen, auch wenn sie allen Menschen in diesem Land große Opfer abverlangen. Freiheitsbeschränkungen müssen jedoch kontinuierlich mit Blick auf die vielfältigen sozialen und ökonomischen Folgekosten geprüft und möglichst bald schrittweise gelockert werden. Für diesen schwierigen Abwägungsprozess will der Ethikrat mit seiner heute veröffentlichten Ad-hoc-Empfehlung "Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise" ebenso ethische Orientierungshilfe leisten wie für die im Gesundheitssystem drohenden dramatischen Handlungs- und Entscheidungssituationen.

► Mehr unter: <https://www.ethikrat.org/mitteilungen/2020/solidaritaet-und-verantwortung-in-der-corona-krise/>

Coronavirus-Pandemie: Die Krise nachhaltig überwinden

AD-HOC-STELLUNGNAHME DER NATIONALEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN LEOPOLDINA VOM 13. APRIL 2020

Diese dritte Ad-Hoc-Stellungnahme der Leopoldina behandelt die psychologischen, sozialen, rechtlichen, pädagogischen und wirtschaftlichen Aspekte der Pandemie und beschreibt Strategien, die zu einer schrittweisen Rückkehr in die gesellschaftliche Normalität beitragen können.

► **Mehr unter:** <https://www.leopoldina.org/presse-1/nachrichten/ad-hoc-stellungnahme-coronavirus-pandemie/>

wpn2030 – Ein Interview mit Prof. Dr. Christa Liedtke

RATSMITGLIED **PROF. DR. CHRISTA LIEDTKE** IM INTERVIEW ZU IHRER ARBEIT ALS CO-VORSITZENDE DER WISSENSCHAFTSPLATTFORM NACHHALTIGKEIT 2030 (DESIGNBOTE.COM VOM 9. MÄRZ 2020)

[Christa Liedtke](#) ist seit dem 1. Januar 2020, als Vertreterin aus dem Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany, zusammen mit [Prof. Dr. Daniela Jacob](#), Institutsleiterin des Climate Service Center Germany und Vorsitzende des DKN Future Earth, und [Prof. Dr. Patrizia Nanz](#), wissenschaftliche Direktorin des Instituts für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS Potsdam), Co-Vorsitzende der [Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030](#) (wpn2030).

Im Interview äußert sich Christa Liedtke u.a. zu folgenden Fragestellungen: Wie lassen sich die widersprüchlichen Begrifflichkeiten „nachhaltig“ und „konsumieren“ versöhnen? Und was ist unter dem Begriff ‚Transition Design‘ zu verstehen? In welchen Bereichen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft findet die Arbeit des wpn2030 schon Umsetzungen? Über welche weltumspannenden Netzwerke, Organisationen oder Kanäle wirkt wpn2030 in Politik und Wirtschaft hinein?

► **Mehr unter:** <https://designbote.com/wpn2030-ein-interview-mit-prof-dr-christa-liedtke/#post-content-anker>

Journal of Consumer Policy's 40th Anniversary Conference: A Forward Looking Consumer Policy Research Agenda

ARTICLE BY **MATHIOS, A., MICKLITZ, H., REISCH, L. ET AL.** JOURNAL OF CONSUMER POLICY'S 40TH ANNIVERSARY CONFERENCE: A FORWARD LOOKING CONSUMER POLICY RESEARCH AGENDA. J CONSUM POLICY 43, 1–9 (2020).

Die akademische Zeitschrift Journal of Consumer Policy feierte 2018 ihr 40-jähriges Bestehen seit der Gründung im Jahre 1977. Verbraucherpolitikexperten aus Wissenschaft, Regierung und Privatwirtschaft kamen vom 14. bis 15. September 2018 in Florenz zusammen, um die Zukunft der Verbraucherschutzpolitik in verschiedenen Ländern zu diskutieren und die Forschungsthemen zu erörtern. In dem Leitartikel vom 14. Januar 2020 werden zentrale Fragestellungen zu Themen wie „die Harmonisierung und Heterogenität der Verbraucherschutzpolitik“, „Die digitale Welt, Datenschutz und Verbraucherschutzparadigmen“ oder „Verhaltensökonomie, Nachhaltigkeit und die Praxis der Verbraucherschutzpolitik“ behandelt.

► Mehr unter: <https://doi.org/10.1007/s10603-019-09446-9>

Konsum und Kultur: Neuerscheinung zur Verbraucherforschung

PUBLIKATION: **BALA, CHRISTIAN, DIRK HOHNSTRÄTER, PETER KENNING, STEFAN KRANKENHAGEN UND WOLFGANG SCHULDZINSKI**, HRSG. 2020. KONSUMÄSTHETIK ZWISCHEN KUNST, KRITIK UND KENNERSCHAFT. BEITRÄGE ZUR VERBRAUCHERFORSCHUNG 11. DÜSSELDORF: VERBRAUCHERZENTRALE.

Die „Beiträge zur Verbraucherforschung“ sind die Open-Access-Schriftenreihe des Kompetenzzentrums Verbraucherforschung NRW (KVF NRW) und bieten einen verständlichen Zugang zu wissenschaftlichen Diskussionen aktueller und zukunftsorientierter Verbrauchertemen.

► Mehr unter: <https://www.verbraucherforschung.nrw/aktuell/konsum-und-kultur-neuerscheinung-zur-verbraucherforschung-45891>



SAVE THE DATE

HINWEIS:

Vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Pandemie wurden und werden eine Vielzahl von geplanten Veranstaltungen abgesagt. Die Kategorie „Save the Date“ wird daher in unserem April-Newsletter nicht bedient.

Über den aktuellen Planungsstand der von Ihnen bereits vorgemerkten Veranstaltungen, informieren Sie sich bitte auf den Webseiten des jeweiligen Veranstalters.

Impressum

Geschäftsstelle des Sachverständigenrats für Verbraucherfragen
im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Mohrenstraße 37
10117 Berlin

Tel.: +49 30 18 580-9555

Fax: +49 30 18 580-9525

info@svr-verbraucherfragen.de

www.svr-verbraucherfragen.de

Wenn Sie keinen Newsletter mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail an info@svr-verbraucherfragen.de mit der Betreffzeile „Newsletter abbestellen“.